

An die
Menschen im Umfeld
der Atomanlagen
in Geesthacht und Krümmel

Kiel, 21.12.92

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

Sie haben in Verbindung mit den aufgetretenen Leukämieerkrankungen große Sorgen, insbesondere für Ihre Kinder, Enkel und Verwandte; das weiß ich, und deshalb verstehe ich Forderungen, eventuelle Verursacher oder mögliche Quellen für diese Gefahr vorab zu beseitigen.

Aber: So ist die Rechtslage in unserem demokratischen Staat nicht.

Alle Atomanlagen sind durch ein Genehmigungsverfahren gegangen, in dem die Anforderungen nach dem Atomgesetz und anderen Rechtsvorschriften geprüft worden sind, auch von Gerichten.

Die Genehmigungen sind mit Auflagen und technischen Betriebsvorschriften erteilt worden; in diesen sind Grenzwerte auch für radioaktive Abgaben im Normalbetrieb (sog. Niedrigstrahlung) festgesetzt worden, die nach der Rechtslage noch keine Gefährdung von Menschen bewirken. Ich habe diese Genehmigungen 1988 gleichsam "übernommen".

Wer solche Genehmigungen nachträglich wieder aufheben will, wird das ohne den konkreten Nachweis, daß die jeweilige Anlage das Allgemeinwohl (z.B. die Gesundheit von Menschen) gefährdet, nicht erreichen.

Denn § 17 Abs. 5 Atomgesetz formuliert:

"Genehmigungen oder allgemeine Zulassungen sind außerdem zu widerrufen, wenn dies wegen einer erheblichen Gefährdung der Be-

schäftigten, Dritter oder der Allgemeinheit erforderlich ist und nicht durch nachträgliche Auflagen in angemessener Zeit Abhilfe geschaffen werden kann."

Auch wenn heute das Recht so geändert würde, daß ein Betreiber nachweisen muß, daß die Anlage 100 %ig niemanden schädigt - und mit den neuen Umweltverträglichkeitsprüfungen ist der Weg dahin ja eingeleitet - gilt so etwas in unserem Rechtssystem niemals rückwirkend.

Und es ist natürlich auch so, daß erteilte Genehmigungen - nicht nur solche für Kernkraftwerke - in einem Rechtsstaat Bestandschutz haben müssen, es sei denn, man beweist schädigende Wirkungen aus der Anlage.

Diese Rechtslage stellt unseren Verfassungskonsens dar, auch für mich, der ich mich seit 1973 politisch gegen die Atomenergie engagiere.

Ich möchte Ihnen deshalb nachstehend in Stichworten eine Art Übersicht geben, auf die Elbmarsch bezogen und auf die Atomenergie insgesamt. Die Zwischenergebnisse sind bereits mehrfach in der Elbmarsch öffentlich dargestellt worden.

1. Ich habe Ende 1991 mit der Bürgerinitiative nach Gesprächen mit den Eltern leukämiekranker Kinder die Expertenkommission zur Prüfung der überproportionalen Leukämiefälle in der Elbmarsch vereinbart. Um eine fachlich zuständige und objektive politische Verantwortlichkeit zu schaffen, hat das schleswig-holsteinische Kabinett den Minister für Umwelt, Natur und Landesplanung, Prof. Dr. Berndt Heydemann, mit der Federführung für die Kommission, die mit Niedersachsen zusammenarbeitet, beauftragt.
2. Wir beide - Prof. Dr. Heydemann und ich - hegten die Auffassung, daß dieses fachlich breitgefächerte Gremium von Wissenschaftlern die Chance bedeutet, weltweit zum ersten Mal eine objektive Ursachenforschung für ein schlimmes Krankheitsbild, die Leukämie, zu betreiben.

Wir geben dieses Ziel auch noch nicht auf, aber es ist enttäuschend und beschämend, wie einzelne Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dieses Mandat mißbrauchen und durch Teilveröffentlichungen und einseitige Aussagen ohne wissenschaftlichen Vortrag und Diskussion in der Kommission die Öffentlichkeit verunsichern und jeden neuen Erkenntnisstand politisieren; das gilt "nach beiden Seiten", wenn man das so ausdrücken soll; aber es gilt insbesondere für diejenigen, die alles versuchen, Vorwegentscheidungen für die Stilllegung der Atomanlagen zu erreichen. Diese schaden sich selbst in ihrer wissenschaftlichen Reputation.

3. Wir überprüfen alle Abläufe in den Anlagen, auch rückwirkend. Wir analysieren die TÜV-Gutachten der Vergangenheit und die Meßergebnisse über die Fernüberwachung. Wir suchen nach Meßlücken und evtl. nicht gemeldeten Vorkommnissen. Wir gehen auch allen belastbaren Hinweisen aus der Bevölkerung nach.

Zulässige Abgaben im Normalbetrieb werden auf additive Wirkung einschließlich der Werte aus den Atombombenversuchen und des Tschernobyl-Fallouts analysiert. Chromosomenuntersuchungen werden zwischen verschiedenen Lebensräumen von Personen durchgeführt; dabei setzt die Kommission vorrangig auf sog. Blindproben, d.h. der Untersuchende weiß nicht, woher die Blutprobe kommt. Nur so können wir Unterstellungen, daß vor-
eingenommen untersucht wird, ausschließen. Dabei ist die Kommission allein - und nicht die Landesregierung - für das Gutachtensdesign zuständig und verantwortlich; gerade deshalb wurde sie von uns berufen.

Bei den bisherigen Baumscheibenuntersuchungen nach radioaktiven Spuren überhaupt und in den Jahresringen der Bäume gibt es bisher unterschiedliche Feststellungen. Aber auch hier führen Wissenschaftler sich wiederum öffentlich gegenseitig vor. Die "Störfallhypothese" kann demnach ausgeschlossen werden.

Alle sollen wissen, daß wir dieses wichtige Untersuchungsverfahren genauso wenig wie die Chromosomenuntersuchungen zum öffentlichen Schlagabtausch zwischen Wissenschaftlern oder von bestimmten Gruppen gegen die Landesregierung mißbrauchen lassen.

Dieses wird - wie alle anderen Bereiche - fachlich und sachlich so objektiv wie möglich abgewickelt. Und wer das so nicht will, soll aus der Expertenkommission austreten.

Ich habe Prof. Dr. Heydemann gebeten, im neuen Jahr eine Sitzung der Kommission dazu zu verwenden, das Selbstverständnis der Kommission zu klären. Es muß aufhören mit den Profilierungsversuchen einzelner Mitglieder.

4. "Robin Wood" hat erneut eine Aktion gestartet gegen das Kernkraftwerk Krümmel - gegen die Kernenergie. Das ist zu verstehen; unsere Demokratie lebt von Argumentation, Aktion und Demonstration. Wie allerdings Blockaden einzuschätzen sind, damit beschäftigten sich schon oft Gerichte. Ich bin gegen Blockaden; dennoch habe ich, wenn dieser Brief veröffentlicht wird, mit der Robin Wood-Gruppe am Kernkraftwerk Krümmel diskutiert.

Mein Besuch zielt ausschließlich darauf ab, die Objektivität der Landesregierung Schleswig-Holstein bei den Untersuchungen bzw. den oder die Auslöser der Leukämie zu vermitteln und die Verantwortlichen zu bitten, von Blockaden abzusehen. Und zwar deshalb davon abzusehen, weil sie mich bei meiner ausschließlich an "harten" Fakten und Nachweisen zu orientierenden Entscheidungen als Reaktorsicherheitsbehörde nicht einen Millimeter beeinflussen dürfen. Und weil ich es auch nicht gut finden würde, daß Demonstranten gegen eine ja tatsächlich so problematische Energieform wie die Atomenergie unnötigerweise Auseinandersetzungen mit der Polizei provozieren, die sowieso stark belastet ist.

5. Sowohl bei "Robin Wood", aber auch bei der Bürgerinitiative und anderen reißt es ein, die Landesregierung und insbesondere mich der Kumpanei mit den Betreibern zu bezichtigen.

Nein, so nicht. Das ist infam und abwegig .

Wer auch nur etwas genauer hinsieht, kennt meine politische Linie, die heißt:

- wenn die Atomenergie schon da ist und nicht von heute auf morgen darauf verzichtet werden kann, dann bedarf es bis zum Ausstieg strenger, aber am Recht orientierter Sicherheitskontrollen. Und dieses geschieht jeden Tag. Manchmal hat man den Eindruck, daß bestimmte Leute gar nicht registrieren wollen, daß ich in den letzten Wochen in Krümmel eine Sicherheitsprüfung durchgesetzt habe, trotz einer Schadensersatzandrohung der HEW in Höhe von 20 Mio DM.

Diese Leute erwähnen auch nicht, daß aus Sicherheitsgründen das Atomkraftwerk Brunsbüttel seit August dieses Jahres stillliegt.

Ich darf keine emotionalen Entscheidungen treffen, die dieses Land und seine Bürger, wenn ich dann nach 2 oder 3 Jahren in der letzten Gerichtsstanz verliere, hunderte Millionen Mark an Schadensersatz kosten.

- Mit dutzenden von Gutachten und Prozessen ist die Landesregierung an die grundsätzliche Begutachtung von Sicherheitsdefiziten herangegangen. Natürlich auch mit dem gesetzlichen Auftrag, wenn Mängel durch Nachrüstung (wie das Atomgesetz es nun einmal vorschreibt) nicht beseitigt werden können, auf Zeit oder endgültig stillzulegen. Wir hatten von Anfang an gesagt, daß wir uns als Zeitpunkt für solche Überprüfungen das Jahr 1996 setzen. Und wir sind mitten in der Arbeit.

Auch für die Kernenergie allgemein hat unsere Arbeit Bedeutung, weil wir z.B. - auch vor dem Bundesverfassungsgericht - die Wiederaufarbeitung (also die Plutoniumwirtschaft) in Frage stellen.

- Aber Energiepolitik ist viel mehr als Reaktorsicherheit: Energiepolitik ist die Suche nach neuen Wegen, nach Einsparungskonzepten, Effektivität und regenerativen Energien, z.B. Sonne und Wind. Und hier ist Schleswig-Holstein seit einigen Jahren bundesweit die Nummer 1 einer neuen Energiepolitik, und ich bin heute in Geesthacht, um bei den Stadtwerken ein Nahwärmekonzept zu fördern. Nur machen wir uns nichts vor: Inzwischen habe ich Probleme mit fast jedem Projekt, egal ob es sich um ein modernes Kohlekraftwerk, ein Blockheizkraftwerk, ein Solarfeld, Windenergieanlagen oder Überlaufleitungen handelt. Niemand will irgendetwas freiwillig in seiner Nähe akzeptieren.
- Zur Zeit läuft bundesweit eine Diskussion, ob es für den Ausstieg aus der Atomenergie, und zwar Schritt für Schritt, - Reaktor für Reaktor - verbunden mit einer neuen wie in Schleswig-Holstein eingeleiteten Energiewende einen Konsens zwischen Politik und Energiewirtschaft gibt.

Das wird abzuwarten sein; aber Sie sollten wissen, daß wir in Schleswig-Holstein an der Vorbereitung einer solchen politischen Lösung "nicht ganz unbeteiligt" waren und weiter sind.

Bei meinen Gesprächen mit der Energiewirtschaft war immer klar: Es gibt völlig unterschiedliche Meinungen in Sachen "Gefahren der Atomenergie". Und dennoch muß man miteinander reden, sowohl über diese Gefahren als auch über die CO₂-Problematik, weil niemand das Recht hat, die Zukunftschancen der heute Lebenden und auch nicht unserer Nachkommen bewußt zu gefährden.

Ich appelliere deshalb an alle, die zu Recht besorgt sind wegen der unheimlichen Häufung von Leukämieerkrankungen in der Elbmarsch, aber insbesondere an alle, die an den Untersuchungen beteiligt sind oder diese fachlich oder politisch bewerten, sorgsam umzugehen mit den Daten und die Gesamtbeurteilung der Expertenkommission abzuwarten. Erst dann ist die Landesregierung am Zug.

Das mag nicht einfach sein, das dauert manchem zu lange; aber es ist der einzige Weg, um zu Ergebnissen zu kommen.

Welche Ergebnisse das insgesamt sein werden, muß offenbleiben bis die Untersuchungen abgeschlossen und wissenschaftlich bewertet sind.

Alm G. Janner

PS: Falls Sie Interesse haben, fordern Sie bitte folgende Broschüren der Landesregierung bei uns an:

- Gefahren der Atomenergie
- Atomenergie und CO₂
- Ein Land voller Energie